

Mindener Tageblatt vom 18.04.2008

Rechter Szene Steuervergünstigung angeblich zugedreht „Collegium Humanum“ in Vlotho soll Gemeinnützigkeit entzogen sein / Vom Verfassungsschutz beobachtet

Von David Schellenberg

Vlotho/Düsseldorf (nw). Dem rechtsextremen Bildungszentrum Collegium Humanum (CH) ist nach eigener Auskunft die Gemeinnützigkeit entzogen worden. Das sagte ein Mitarbeiter des Vereins gegenüber dieser Zeitung.

Schon vor einigen Wochen hatte die Vereinsvorsitzende Ursula Haverbeck-Wetzel bereits in einem Brief die Aberkennung angedeutet. In dem Schreiben an den Arbeitskreis Entwicklungspolitik (AKE) heißt es, dass es das Vlothoer Bündnis geschafft habe: „Dem Collegium Humanum ist der Geldhahn zugedreht worden.“ „Ich gehe davon aus, dass die Angaben stimmen“, sagt Friedhelm Jostmeier vom AKE.

Die umstrittene Gemeinnützigkeit des Collegium Humanum in Vlotho wurde auch in Düsseldorf diskutiert. „Wir haben in zwei kleinen Anfragen keine offizielle Antwort erhalten“, klagt die Grünen-Abgeordnete Monika Düker. Es müsse sichergestellt werden, dass es keinerlei Steuervergünstigung für rechtsextreme Vereine gibt.

Das Finanzministerium wie auch das Finanzamt Herford verweigern mit Hinweis auf das Steuergeheimnis jede Aussage zur Gemeinnützigkeit. Dieses Argument will Düker nicht gelten lassen. „In Niedersachsen wird dies im Verfassungsschutzbericht veröffentlicht“, berichtet die Abgeordnete.

Auch die Bundesregierung verweigerte auf in eine kleine Anfrage der Partei die Linken Aussagen zur Gemeinnützigkeit. Allerdings stellte sie fest, dass es sich beim Collegium Humanum um einen rechtsextremistischen Verein handelt und „die Förderung rechtsextremistischer Inhalte nach geltendem Recht nicht gemeinnützig“ ist.

Die Leitung des Collegium Humanum selbst hatte unlängst angedeutet, dass die Gemeinnützigkeit bereits aberkannt sei. „Selbst wenn das stimmen sollte, wollen wir wissen, warum das so lange gedauert hat“, sagt Düker.

Immerhin wird das CH seit dem Jahr 2000 vom Verfassungsschutz beobachtet. Über ein Verbot des Bildungszentrums und nahestehender Vereine hat das Innenministerium noch nicht entschieden.